



**Gewalt- und Konfliktprävention:**

# **Menschenrechtsarbeit im Spannungsfeld von Militäreinsätzen**

Oktober 2007

## Kurzfassung

Friedens- und Menschenrechtsarbeit muss in ihren Missionen und ihrer Ausstattung stets unabhängig von Militäreinsätzen bleiben. Fakt ist jedoch, dass zivile Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention zunehmend den militärisch-strategischen Überlegungen der deutschen Außenpolitik angepasst werden, auch in der Ausstattung mit öffentlichen Geldern.<sup>1</sup> Und auch auf EU-Ebene werden derartige Vorhaben bereits ganz offen umgesetzt, beispielsweise im Jahr 2002 mit der Unterstützung der friedenserhaltenden Operation der ECOWAS in Liberia, finanziert aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds.<sup>2</sup> Der deutsche Anteil am Europäischen Entwicklungsfonds beträgt 23,36 Prozent. Damit wurden allein im Rahmen dieser teilweise militärischen Aktion aus dem Etat des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) rund 69 Millionen Euro gezahlt.

Die zunehmende Tendenz zur militärischen Dominanz als Konfliktlösungsstrategie ist fatal, ebenso die Folgen einer Vermischung von Militäreinsätzen und zivilen Projekten. medica mondiale hält Militäreinsätze – als demokratisch definierter und legitimer Auftrag – in bestimmten Situationen zwar für notwendig, um die lokale Bevölkerung zu schützen sowie um die Arbeit der zivilen HelferInnen überhaupt erst zu ermöglichen. Allerdings wollen wir hier keinen Zweifel daran lassen, dass erst die globale dualistische Logik, Konflikte mit Gewalt zu lösen, uns in dieses Dilemma stürzt, in gewissen Situationen auf Militär angewiesen zu sein.

Generell fußt militärisches Engagement auf maskulinen Wertvorstellungen von Macht und Hierarchie, deren Durchsetzung eine Affinität zur Gewalt bis hin zur individuellen Verrohung innewohnt. Gerade dieses Bewusstsein fehlt in militärischen Strukturen allerdings fast immer. Bewiesen ist: Militarisierung erzeugt eine Zunahme von Gewalttaten gegenüber Mädchen und Frauen.<sup>3</sup> Dies gilt umso mehr für Frauenprojekte, die gefährdeten Frauen Schutz und Hilfestellung bieten, da sie in einem frauenfeindlichen Umfeld bei verschärfter Sicherheitslage zu einem doppelten Angriffsziel werden.

Militäreinsätze können die Friedensarbeit nur dann sinnvoll ergänzen,

- wenn die Teilnehmer über ein klares internationales Mandat verfügen und der Einsatz durch das nationale Parlament kontrolliert wird.
- wenn sie der Friedensarbeit nachgelagert und demzufolge den Bedingungen und der Komposition der Friedensarbeit unterworfen werden.
- wenn bei den Teilnehmern ein Bewusstsein über die Folgen ihres Einsatzes für die Zivilbevölkerung besteht.
- wenn bei den Teilnehmern ein Bewusstsein über eigenes gewaltbereites Verhalten und dessen Unvereinbarkeit mit ihrem Auftrag besteht.

<sup>1</sup> Vgl. Bundesverteidigungsministerium (Hrg.): Weißbuch 2006, Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Online Ausgabe, Zitat S. 79: „Für die Verwendung der begrenzten finanziellen Ressourcen sollen künftig auch bei Beschaffungen alternative Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden.“; Zitat S. 158: „Die künftige Rolle von Streitkräften wird maßgeblich davon geprägt, dass mit Blick auf das veränderte internationale Umfeld ein wirksamer Schutz des Landes und seiner Menschen nur mit einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge durch eine vernetzte Sicherheitspolitik gewährleistet werden kann. Die hieraus erwachsenden Anforderungen bedürfen im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht nur bei den Streitkräften einer bedarfsgerechten Mittelausstattung, sondern auch bei allen anderen mit Gefahrenabwehr, Prävention und Friedenssicherung befassten Regierungsstellen. Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, developmentspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen.“

<sup>2</sup> Vgl. Europäischer Rat: Dok. 12041/03 + COR 1; und Pressemitteilung 11934/03  
[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/dec/77061.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/dec/77061.pdf)

<sup>3</sup> Vgl. Mischkowski, Gabriela: Sexualisierte Gewalt im Krieg. Eine Chronik, aus: Handbuch zur Unterstützung traumatisierter Frauen. Frankfurt am Main 2004; Kurzfassung:

<http://www.medicamondiale.org/bibliothek/eigene/handbuch/kapitel/kap2chronik.html>

## 1. Das neue Weißbuch 2006 und die Gefahren einer Vermischung von zivilen und militärischen Einsätzen

In ihrem „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ begründet die Bundesregierung in einer fragwürdigen Argumentation die zunehmenden Militäreinsätze der Bundeswehr unter anderem mit der „weltweite(n) Sicherung des freien und ungehinderten Welthandels als Grundlage unseres Wohlstands“<sup>4</sup> Dabei wird auch von der „Sicherung von Ressourcen“<sup>5</sup> gesprochen, ungeachtet der Eigentumsfrage.

Problematisch ist auch die Entwicklung, dass in steigendem Maße die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und anderen zivilen Organisationen benutzt wird, um militärische Beiträge zu rechtfertigen. So beschreibt das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung die Arbeit der Regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRTs) zwar als Zusammensetzung von „militärischen und zivilen Komponenten“, unterscheidet aber nicht zwischen militärischen und zivilen Trägern, zudem der ISAF unterstellt.<sup>6</sup> Eine sichere Unterscheidung wird von Seiten der PRTs auch gar nicht angestrebt, denn sie können, wenn sie mit NGOs identifiziert werden, ihre eigene Sicherheit erhöhen. Die neue Linie, EZ-NRO sollen demnächst nur noch dort tätig sein, wo Bundeswehr-Truppen stationiert sind, ist fatal und anti-demokratisch.

Eine Instrumentalisierung der NRO durch das Militär ist aufs Schärfste zu verurteilen, denn:

- Die zivile Konfliktprävention verliert bei der Zivilbevölkerung an Glaubwürdigkeit.
- Wenn die Bevölkerung zwischen zivilen und militärischen Intentionen nicht mehr unterscheiden kann, geraten der Erfolg der Arbeit von NRO allgemein und deren nationale und internationale MitarbeiterInnen in Gefahr.
- Die allgegenwärtige Gefährdung von Arbeit und MitarbeiterInnen gilt umso mehr für Frauenprojekte, die in einem allgemein frauenfeindlichen Umfeld dann zu einem doppelten Angriffsziel werden.

### Ein Beispiel aus Afghanistan

Anfang Dezember 2006 wurde nachts das „Safe House“, ein Frauenschutzhaus, in Herat von bewaffneten Männern überfallen. Nur knapp gelang es den Wachen, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Afghanische Frauen verstecken sich in solchen Zufluchtsstätten vor Gewalt oder dem Gefängnis – denn die Flucht vor häuslicher Gewalt und ausbeuterischen Lebensumständen wird in Afghanistan nach wie vor als Verbrechen gewertet und mit Haft bestraft. Diesbezüglich räumt sogar der neue afghanische Präsident des Obersten Gerichtshofes ein, die konservative Kultur sei oft stärker als die Gesetzgebung. Dementsprechend verfügen afghanische Frauen nach wie vor kaum über Rechte und Schutz. Wer gefährdeten Frauen Schutz und einen sicheren Ort zur Verfügung stellt, ist per se stärker gefährdet als Organisationen mit anderen Zielen.

Mit dem Bundeswehr-Prestige-Objekt Civil Military Cooperation (CIMIC) wird die Vermischung von zivilen und militärischen Einsätzen komplett. CIMIC bedeutet „zivil-militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr im Ausland“. CIMIC ist Bestandteil der militärischen Operationsführung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr und „soll helfen, das militärische Handeln mit dem zivilen Umfeld in Einklang zu bringen.“<sup>7</sup> Cimic wird zum Teil aus

<sup>4</sup> Vgl. Bundesverteidigungsministerium: Weißbuch 2006, Zitat S.9.

<sup>5</sup> Vgl. Bundesverteidigungsministerium: Weißbuch 2006, S.26/27

<sup>6</sup> Vgl. Auswärtiges Amt/Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Verteidigung/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 12. September 2006, S. 10,

unter: [http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/facts\\_ger/Afghanistan-Konzept\\_2006.pdf](http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/facts_ger/Afghanistan-Konzept_2006.pdf)

„Zentraler Teil des internationalen Engagements außerhalb von Kabul bleiben die Regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRTs). Sie setzen sich aus militärischen und zivilen Komponenten zusammen. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Autorität der Zentralregierung in den Provinzen zu stärken, sowie Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen im Land zu fördern. sind 23 PRTs in Afghanistan operativ, 13 davon unter NATO/ ISAF-Führung, 10 noch unter OEF. Die derzeit unter deutscher Führung stehenden PRTs Kundus und Faisabad wurden am 30.12.03 bzw. 01.10.04 ISAF unterstellt.“

<sup>7</sup> Vgl. Fragen und Antworten zu CIMIC: unter:

[http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04\\_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y\\_QjzKld4w3DPIESYGZbn76kTCxoJRUfV-P\\_NxUfW\\_9AP2C3IhyR0dFRQAwE36W/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZnQUFzQUUvNEIVRS82X0ffMVMY](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKld4w3DPIESYGZbn76kTCxoJRUfV-P_NxUfW_9AP2C3IhyR0dFRQAwE36W/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZnQUFzQUUvNEIVRS82X0ffMVMY)

Entwicklungshilfetöpfen finanziert. Der Entwicklungsetat wird dementsprechend für sicherheitspolitische Maßnahmen belastet, auf häufig enorm intransparente Weise.<sup>8</sup>

Dabei ist Zivile Konfliktbearbeitung, die auf Prävention, Dialog und Kooperation ausgerichtet ist, unvereinbar mit militärischen Drohmitteln und militärgestützter Politik. Die Konfliktprävention muss bei der Friedenskonsolidierung im Vordergrund stehen. Nötig ist ein Umdenken zu zivil motivierten Zielen und Mitteln in den Reihen hochrangiger Militärs bis hin zu einfachen Soldaten. Es ist jedoch zweifelhaft, dass sich die zivilen Kräfte, welche die Überwindung der militärischen Konfliktaustragung fordern, gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen können.

---

<sup>8</sup> Vgl. ebd.: „In den Einsatzgebieten der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan wurden bis Ende April diesen Jahres (2006) CIMIC-Projekte im Gesamtwert von circa 38 Millionen Euro umgesetzt. Die Spanne der "Geldgeber" reicht vom Auswärtigen Amt oder dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über Bundesländer, Städte und Gemeinden, nationale und internationale Organisationen bis hin zu freigiebigem Privatpersonen. Die Bundeswehr stellt lediglich das notwendige Personal, Material und technische Gerät.“

## 2. Geschlechterdifferenzen und Krisenprävention

### 2.1 Stereotype „Männlichkeit“ in militärischen Strukturen

Innerhalb militärischer Strukturen werden die sozialen Regeln des Zusammenlebens, die im zivilen Leben akzeptiert werden, außer Kraft gesetzt und durch männliches Gruppenverhalten ersetzt. Psychischer und physischer Machtmissbrauch ist in den Reihen militärischer und paramilitärischer Organisationen programmiert.<sup>9</sup> In belastenden Stress-Situationen werden diese Tendenzen verstärkt. Das Stereotyp „Männlichkeit“ der Marlboro- und Rambo-Klischees wertet eine zivile Auseinandersetzung in Konflikten als Schwäche. Sexualisierte Gewalt im Krieg ist eine spezifische, sehr effektive und brutale Form, das Geschlechterverhältnis und damit verbundene Geschlechterstereotypen als Waffe zu instrumentalisieren. Auch Männer sind davon als Opfer betroffen, was nicht zuletzt die Vorgänge im Bagdader Gefängnis Abu Ghraib zeigen und ebenfalls in Kriegszeiten vorkommt, aber noch viel extremer tabuisiert wird als diese Gewaltform an Frauen. Daher würden auch Männer von einem ernst gemeinten Genderverständnis und einer Dekonstruktion dieser Klischees profitieren.

Die andere Seite der Medaille, nämlich die Haltung „boys are boys“ – immer noch weit verbreitet seit sie Yasushi Akashi, damaliger Leiter der UN-Mission in Kambodscha, vor bald 15 Jahren formuliert hat – hat sich bei Militärs in der Reflektion ihres Verhaltens kaum etwas verändert. Dies gilt durchaus auch für die Bundeswehr: Madeleine Rees, die ehemalige Vertreterin des Menschenrechtskommissariats der Vereinten Nationen (VN) in Sarajewo, sagte dazu: „Am Flughafen von Sarajewo lassen sie (u.a auch die deutschen Ifor-Soldaten) ihre Anständigkeit zurück!“<sup>10</sup>

### 2.2 Gewaltpotential in der Bundeswehr

Die Bundeswehr weist ein hohes Gewaltpotential in ihren Reihen auf. Laut einer Studie des Frauenministeriums mit dem Titel „Gewalt gegen Männer“<sup>11</sup> ist in Deutschland die Bundeswehr diejenige Institution mit der höchsten Akzeptanz für Gewalt. Die Verantwortlichen müssten aufgrund dieser Fakten wissen, dass innerhalb militärischer Strukturen die sozialen Regeln des zivilen Zusammenlebens außer Kraft gesetzt werden und männlichem Gruppendruck weichen. Daher muss von Seiten der Verantwortlichen entschieden gegen die bisher tolerierte Gewalt vorgegangen werden.

### 2.3 Gewalt als Folge erhöhter Gefahrenlage

Es ist ebenfalls erwiesen, dass in Gefahrensituationen die Bereitschaft zur Brutalität steigt. Traurige Berühmtheit haben die Vorkommnisse im Bagdader Gefängnis Abu Ghraib erlangt. Militärische Hierarchiestrukturen begünstigen dies.<sup>12</sup> Wird Gewalt von militärischen Vorgesetzten ignoriert, toleriert oder gar angeordnet, treten persönliche Tabus und gesellschaftliche Regeln außer Kraft, die unter friedlichen Bedingungen für Gewaltakte gelten. Sind sich die Verantwortlichen dieser Mechanismen bewusst, können sie durch entsprechend klares Auftreten, Verordnungen, Sensibilisierung und verbindliche Verhaltensvorschriften für die notwendige Prävention bzw. Sanktionen sorgen.

### 2.4 NATO und VN: Null-Toleranz-Politik gegenüber sexualisierter Ausbeutung

Es ist erwiesen, dass Soldaten, ebenso wie auch zivile Helfer, zur sexuellen Ausbeutung und Versklavung von Mädchen und Frauen in Nachkriegszeiten beitragen bzw. durch ihre Präsenz

---

<sup>9</sup> Vgl. Higate, Paul: Peacekeepers and Gender: DRC and Sierra Leone, unter: <http://www.peacewomen.org/un/pkwatch/News/04/Higateeditorial04.pdf>

<sup>10</sup> Anmerkung von Madeleine Rees gegenüber Selmin Caliskan, Mitarbeiterin von medica mondiale, in Sarajewo, 2004

<sup>11</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Gewalt gegen Männer, Berlin 2004, unter: [http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/studie-gewalt-maenner-langfassung\\_property=pdf.bereich=rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/studie-gewalt-maenner-langfassung_property=pdf.bereich=rwb=true.pdf) und Cockburn, Cynthia/ Hubic, Meliha (2002): Gender und Friedenstruppen: Die Perspektive bosnischer Frauenorganisationen. In: Harders, Cilja/Roß, Bettina (Hg.): Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. S. 199-217., Opladen, 2002

<sup>12</sup> Fiske, Susan/Harris, Lasana/Cuddy, Amy: Could Abu Ghraib happen again?, in: Science, Vol. 306, Nr. 5701 p. 1482-1483. Die Autorinnen schlossen aus 25.000 Studien mit insgesamt acht Millionen Teilnehmern, dass Gehorsam gegenüber militärischen Vorgesetzten die Hemmungen gegenüber aggressiven Akten herabsetzt.

und Verhalten das Entstehen entsprechender Strukturen erst in Gang bringen.<sup>13</sup> Die Vereinten Nationen haben deswegen im Jahr 2003 die Null-Toleranz-Politik als Verhaltenskodex für ihre Mitarbeiter festgeschrieben. 2004 hat die NATO diese Richtlinien übernommen. Bei der Durchsetzung dieser Verhaltensstandards ist die NATO von ihren Mitgliedsstaaten abhängig, denn diese sind für die Ausbildung, das Kommando und für die Disziplin der Friedenstruppen verantwortlich. Gerade bei der Umsetzung gibt es hier noch sehr viele Mankos.

### 3. Gewaltprävention gegen patriarchal-militärische Logik

medica mondiale leistet im engsten Wortsinn Gewaltprävention, indem frauenfeindliche Gewaltstrukturen und militärische Logik infrage gestellt werden. Militärische Arbeit steht ihrer Natur nach zu ziviler Aufbau- und Versöhnungsarbeit im klaren Gegensatz.

Die Bundesrepublik könnte moralisch und fachlich federführend mit ihrem Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004 und ihrem hohen Ansehen in der Welt vorangehen.<sup>14</sup> Sie kann auch der Beteiligung von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungen und Entwicklungen in den Empfängerländern endlich Gewicht verleihen und für ein entschiedenes Umsetzen der UN-Resolution 1325 sorgen.<sup>15</sup>

Gerade aufgrund ihres gesellschaftlichen Status und geschlechtsspezifischen Rollenverteilung sind Frauen die idealen Vertreterinnen einer Zivilgesellschaft, sie sind kreativ, konstruktiv und verhalten sich im Wortsinn zivil.

#### Ein Beispiel aus Somalia

Bei den Friedensverhandlungen in Somalia im Jahr 2001 sorgten skandinavische Hilfsorganisationen dafür, dass nicht nur Männer verhandelten, sondern eine Delegation von hundert Frauen eingeladen wurde. Die männlichen Verhandlungspartner forderten nachdrücklich, die Frauen sollen sich ethnisch in die fünf Clans einreihen. Doch die Frauen weigerten sich, denn sie wollten sich nicht für die üblichen Clan-Rivalitäten instrumentalisieren lassen. Kurzerhand riefen sie schließlich einen sechsten Clan für sich aus – und die Verhandlungen konnten beginnen.<sup>16</sup>

### 4. Gender-Mainstreaming in EZ und Nothilfe als neuen Titel integrieren

Lokale Aktivistinnen, die es auch noch im entlegensten Winkel der Erde gibt, müssen für den Aufbau von Hilfsmaßnahmen und Krisenprävention hinzugezogen werden. Überdies wird die Arbeit effektiver, denn Frauen werden in einer männlich bestimmten Gesellschaft weit weniger korrumpiert als Männer – dies wurde in der Armutsbekämpfung schon längst erkannt (wie z.B. die von dem Friedens-Nobelpreisträger Muhammad Junus gegründete Grameen-Bank und ihre überaus erfolgreiche Politik der Kleinkreditvergabe an Frauen demonstriert).

Internationale Helfer sollten sich an regionale Frauenverbände wenden, damit Entscheidungen über die Geldvergabe nicht der Korruption einheimischer Clanchefs ausgeliefert sind. Im Aide-Mémoire (Hintergrundmaterial für die jährliche UN Menschenrechtskommission) zum Thema „The gendered impacts of natural disasters“ vom März 2005 zur Wiederaufbauarbeit nach dem Tsunami in Südostasien, stellen medica mondiale und der Frauensicherheitsrat fest: „Recognizing the important role that gender plays in disaster management and relief, it is alarming that gender concerns often get

<sup>13</sup> Vgl. Zeid Ra'Ad Zeid Al-Husseini: A comprehensive strategy to eliminate future sexual exploitation and abuse in United Nations peacekeeping operations; 2005, unter:

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N05/247/90/PDF/N0524790.pdf?OpenElement>; vgl. auch: Böhm

Andrea: Freier für den Frieden, in: DIE ZEIT, Nr. 3, 2000, unter:

[http://www.zeit.de/archiv/2000/3/200003\\_sfor\\_.xml](http://www.zeit.de/archiv/2000/3/200003_sfor_.xml), sowie: Human Rights Watch (Hg.): Hopes betrayed: Trafficking of Women and Girls to Post-Conflict Bosnia and Herzegovina for Forced Prostitution; Vol. 14, No. 9 (D) Bosnia and Herzegovina, New York, November 2002, unter:

<http://www.hrw.org/reports/2002/bosnia/Bosnia1102.pdf>

<sup>14</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Aktionsplan Zivile Krisenprävention, 12.05.2004, unter: [http://www.auswaertiges-](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/FriedenSicherheit/Krisenpraevention/Uebersicht.html)

[amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/FriedenSicherheit/Krisenpraevention/Uebersicht.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/FriedenSicherheit/Krisenpraevention/Uebersicht.html)

<sup>15</sup> Vgl. Bundesverteidigungsministerium: Weißbuch 2006, Zitat S.27: „Der Aktionsplan Zivile Krisenprävention [...] Die wichtigsten Eckpunkte und der Maßnahmen zu seiner Umsetzung sind: [...] Die komplementäre Rolle der Zivilgesellschaft und nichtstaatlicher Akteure unter besonderer Berücksichtigung des Friedenspotenzials von Frauen.“

<sup>16</sup> Vgl. Kvinna till Kvinna, 2001.

pushed to the background in the event of a natural disaster. There is an obvious need directly after the disaster has occurred to provide basics to victims such as food, clothing, shelter and fresh water, regardless of gender. Given that disasters such as earthquakes, floods, droughts, hurricanes and landslides will always occur, however, it is imperative to ensure that a gender perspective is included in all natural disaster management programmes so that the relief efforts are able to properly address needs and concerns for both women and men.”<sup>17</sup>

Die UN-Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ aus dem Jahre 2000 schreibt Protektion und Prävention vor sexualisierter Gewalt in Konflikten und Partizipation von Frauen in Krisengebieten fest, doch sie ist bei multilateralen Sicherheitskonzepten noch kaum integriert oder gar implementiert. Aber ohne Veränderung der sozial konstruierten Geschlechter-Rollenbilder wird sich nachhaltig an der strukturellen und physischen Gewalt nichts verändern. Sicherheit von Frauen und Mädchen muss mitbedacht und in politisches Handeln integriert werden. In den diversen Aktionsplänen, auch z.B. der deutschen außenpolitischen Präventionspolitik, muss das Handlungsfeld „Menschenrechtsverletzungen an Frauen“ weiterentwickelt werden. Frauen und Mädchen sind diejenigen, die für Kinder und Alte sorgen und das zivile Leben organisieren und aufrechterhalten. Frauen haben ein maximales Interesse, einen Frieden dauerhaft und demokratisch zu gestalten.

#### **Beispiel aus Serbien und Kosova**

Das kosovarisch-serbische Frauennetzwerk, gegründet im Mai 2006, setzt sich dafür ein, dass bei den Wiener Verhandlungen der politische Wille der Mehrheit der KosovarInnen befolgt wird, dass Minderheiten volle Rechte erhalten, dass man nicht entlang ethnischer Grenzen dezentralisiert. Und: Serbische Frauen entschuldigten sich für das, was den kosovarischen Menschen im serbischen Namen angetan wurde.<sup>18</sup>

## **5. Forderungen**

### Verhaltenskodex

Für alle Friedenstruppen sowie Mitglieder ziviler und humanitärer Hilfsorganisationen muss ein Verhaltens-Kodex verbindlich sein, der sexualisierte Gewalt und sexuelle Ausbeutung in den Einsatzgebieten unter Strafe stellt. Konkret bedeutet dies, Verantwortliche in ihren Entsendestaaten strafrechtlich zu verfolgen und überführte Täter nicht mehr für Friedenseinsätze zu rekrutieren.

### Aufklärung

SoldatInnen müssen, bevor sie UN-, EU- oder NATO-geführten Truppen beitreten, zum Thema geschult werden. Diese Schulungen müssen bei allen Dienstgraden durchgeführt werden. Dabei sollen SoldatInnen auch für das Problem sexualisierte Gewalt innerhalb der Truppe stärker sensibilisiert werden.

### EU – weites Vorgehen

Gegen Personen aus den Reihen der Friedenstruppen, die Frauen und Mädchen sexuell ausbeuten, müssen alle EU-Mitgliedsstaaten wirksam durchgreifen und härtere Strafen verhängen. Dabei liegt eine Ausbeutung auch dann vor, wenn Soldaten erkennbare Zwangslagen von Frauen ausnutzen. Ebenso muss die EU gegen Regierungen vorgehen, die solche Täter unbestraft lassen.

### Konsequente Umsetzung

Die „Generic Standards of Behaviour“<sup>19</sup>, die Verhaltensstandards des Politischen Sicherheits-Komitees (PSK) für Einsätze im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) müssen konkret umgesetzt werden. Sie sind maßgeblich dafür,

<sup>17</sup> Frauensicherheitsrat/medica mondiale (Hg.): „Gender und Natural Disaster/ The gendered impacts of natural disasters“, Aide-Mémoire 61 st Session of the UN Commission on Human Rights, März 2005.

<sup>18</sup> Vgl. Women’s Peace Coalition Report, Women’s Peace Activists from Kosova and Serbia agree on Independence for Kosova, September 2007, unter: <http://www.medicamondiale.org/projekte/jugoslawien/>.

<sup>19</sup> Rat der Europäischen Union (2005): Generic Standards of Behaviour for ESDP Operations, Brüssel, 18. Mai 2005 (Note 8373/3/05 REV3)

dass Menschenrechtsverletzungen schon im Vorfeld durch Sensibilisierungsmaßnahmen verhindert oder später strafrechtlich verfolgt werden könnten.

#### Finanzmittel sichern

Die Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union ist weit davon entfernt, die geforderten 0,7% des Bruttonationalprodukts für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen. Dieser Betrag muss dringend gesichert werden. Mittelverwendungen aus dem Entwicklungshilfeeetat für militärische Aktionen sind strikt zu unterbinden.

#### Unterstützung von Zivilgesellschaft insgesamt und Fraueninitiativen im speziellen

Als eine fundamentale Möglichkeit zum Aufbau von demokratischen Strukturen und zivilem Bewusstsein, müssen Fraueninitiativen massiv finanziell gefördert und politisch unterstützt werden.

#### Benennung einer Beauftragten für Geschlechterfragen

Die Kontrolle der Umsetzung von entsprechenden Standards, Schulungen und Verhaltensvorschriften muss institutionell verankert werden, um nachhaltige Veränderungen zu sichern. Dies erfordert mindestens die Einrichtung des Amtes einer Beauftragten für Geschlechterfragen des Deutschen Bundestages parallel zum Amt des Wehrbeauftragten.